

## **50 Jahre Radikalenerlass "Das hat eine vergiftete Atmosphäre hinterlassen"**

1972 wurde der sogenannte Radikalenerlass verabschiedet. Er sollte den Staat vor seinen Feinden schützen. Erst 1991 wurde er endgültig abgeschafft, obwohl sich schon viel früher abzeichnete, er war ein Fehlschlag. Statt die Freiheit zu schützen, führte er zu "Gesinnungsschnüffelei" und Duckmäusertum, so der Zeithistoriker Edgar Wolfrum im Interview.

Von: Andrea Mühlberger

Stand: 27.01.2022



*Ein Postbote, der wegen seiner linken Gesinnung keine Briefe mehr austragen darf, eine Lehrerin und überzeugte Kommunistin, die nicht mehr unterrichten kann. Fälle, die in den frühen 70er Jahren die Menschen zu Protesten auf die Straße brachten. Grund für die Berufsverbote war der sogenannte "Radikalenerlass", beschlossen heute vor 50 Jahren von den Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz des damaligen SPD-Bundeskanzlers Willy Brandt. Später wieder rückgängig gemacht, wirkt der Radikalenerlass aber immer noch in unsere Gesellschaft hinein. In welcher Weise? Das hat Edgar Wolfrum untersucht - neben den konkreten Fällen. Er ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg.*

**Andrea Mühlberger: 3,5 Millionen Anwärter auf den Beamtendienst wurden damals bundesweit überprüft. Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Lokführer, Briefträger, Bademeister. Von den 3,5 Millionen wurden dann bundesweit 1500 junge Menschen abgewiesen oder aus dem Staatsdienst entfernt. Das ist ja keine tolle Erfolgsquote.**

**Edgar Wolfrum:** Es gab damals eine Zweiteilung der Welt und eine Zweiteilung Deutschlands. Der Ostblock schien kräftig, hat die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unterstützt, die DDR strotzte sozusagen vor Kraft. Dass das alles auf Sand gebaut war, wissen wir heute, aber damals nicht. Dann hatten wir eine Bürokratie, vor allem in den konservativen Bundesländern, die ganz massiv gegen die sozial-liberale Politik und gegen die angebliche Anbiederung an den Kommunismus vorgehen wollte. Für die war dieser Radikalenerlass der Ministerpräsidenten ein Geschenk des Himmels, weil sie damit die sozial-liberale Regierung, deren Aussöhnung mit dem Osten und die Wiedezulassung der DKP massiv angehen konnten. Und deswegen ist dieser Radikalenerlass in den konservativen Ländern so intensiv und so lange durchgeführt worden. Es war ein politisches Machtinstrument, um sich auch gegen die Bundespolitik durchzusetzen. Alle Dienststellen des öffentlichen Dienstes wurden überprüft. Jeder, jede, die neu eingestellt werden sollte, wurde überprüft. Es gab eine Regelanfrage. Der Generation wurde Verfassungsuntreue unterstellt. Das hat eine vergiftete gesellschaftliche Atmosphäre hinterlassen. Es gab also keine Einzelfallprüfung zunächst, sondern eine Regelanfrage. Jeder und jede, die in den öffentlichen Dienst wollte, wurde durch den Verfassungsschutz überprüft und dann kommt diese monströse Zahl heraus: 3,5 Millionen Überprüfungen!

**Dieser Generalverdacht, der vor allem in eine politische Richtung ging, wie Sie beschrieben haben: Was hat der mit der Gesellschaft gemacht?**

Ich glaube, in den 70er-Jahren hat es viele der jungen Generation von diesem Staat entfremdet. Sie haben sich dann auch in neuen Gruppierungen zusammengefunden. Die neuen sozialen Bewegungen entstehen, die Anti-Atomkraft-Bewegung, die Friedensbewegung. Aber das waren ganz andere Medien und ganz andere Formate als beispielsweise die alten Parteien oder Gewerkschaften. Also es hat eine vergiftete gesellschaftliche Atmosphäre mit Gesinnungsschnüffelei und Duckmäusertum hinterlassen, die nicht nur die 70er Jahre, sondern auch die 80er-Jahre bis zur Wiedervereinigung prägte. Man hat sich überlegt, ob man auf eine Demonstration gehen kann oder nicht, weil man ja nicht wusste, was der Verfassungsschutz über einen sammelt. Es gab Zufallstreffer, manche wurden erfasst, manche nicht, das war eine ganz unglückselige Praxis, die damals durchgespielt worden ist.

**Und man soll ja auch meinen, dass eine Demokratie Meinungspluralismus aushalten sollte und auch jugendlichen Übermut. Das zeigt auch das Beispiel des heutigen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann. Der wollte ja eigentlich mal Bio- und Chemielehrer werden und war als bekennender Maoist dann selber vom Radikalenerlass betroffen. Da lag der Verfassungsschutz ein bisschen falsch mit seiner Einschätzung vom Verfassungsfeind, oder?**



Prof. Edgar Wolfrum

Ja, natürlich. Es ist ja eine blanke Hybris zu meinen, dass man von der Gesinnung eines 23-, 24-Jährigen auf das Handeln eines 50- oder 60-Jährigen schließen kann. Und das hat man bei Herrn Kretschmann am besten gesehen, der anfangs beim maoistischen Kommunistischen Bund Westdeutschland Mitglied war und sich dann zu einem konservativen Grünen entwickelt hat. Man kann im Übrigen auch die freiheitliche Grundordnung, auf die man sich immer wieder berufen hat, nicht dadurch schützen, dass man den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung macht. Und das Bundesverfassungsgericht hat das auch immer betont. Eigentlich ist es ein ganz falscher Begriff. Natürlich braucht eine Demokratie gerade durch die junge Generation auch radikale Ideen, radikale Gedanken. Die Grenze ist da zu ziehen, wo diese Ideen nicht mehr radikal, sondern extremistisch werden. Das ist natürlich eine Gratwanderung. Aber von Anfang an solche Gedanken in einer Demokratie nicht zuzulassen und unterbinden zu wollen, ist ein großes Problem. Und dieses große Problem in Deutschland wurde damals durch die Zweiteilung noch größer und dadurch, dass man glaubte, jeder kommunistische Postbote sei sozusagen ein Agent einer feindlichen, einer fremden Macht. Das war ein Horrorszenario, das viele konservative Politiker an die Wand gemalt haben. Und dieses Horrorszenario wurde instrumentalisiert. Deswegen hat der Radikalenerlass eine so lange Geschichte und wurde nicht abgeschafft, nachdem er sich als nicht erfolgreich erwiesen hat, sondern in Bayern bis 1991 fortgeführt.

**Warum hat es denn gerade in Bayern so lange gedauert, bis die Staatsregierung auf die Regelanfrage beim Verfassungsschutz verzichtet hat?**

Bayern und Baden-Württemberg haben sich immer als Bollwerk gegen den Kommunismus empfunden, auch zu Zeiten, als die kommunistische Gefahr nicht besonders groß war. Nach der Wiedervereinigung ist man 1990 vor einem grundsätzlichen Problem gestanden: Wie geht man eigentlich mit Menschen um, die in der DDR gelebt haben und Mitglied der SED waren? Die SED galt sozusagen als die Mutter-Zentrale der DKP. Es wäre schlicht nicht machbar gewesen, nach der Wiedervereinigung diesen Radikalenerlass aufrecht zu erhalten. Deswegen hat man ihn schließlich auch fallengelassen. Und eingesehen, dass er überhaupt nichts gebracht hat - was auch die Zahlen aus Baden-Württemberg belegen: Da gab es ungefähr 700.000 Überprüfungen. Und davon gab es ungefähr 280 Entlassungen oder abgelehnte Einstellungen. 700.000 zu 280, also 0,04 Prozent. Und dafür diesen ganzen Aufwand zu betreiben, ist eigentlich schon irrsinnig.

**Der Erlass hat ja berufliche Karrieren verhindert. Er hat Menschen arbeitslos gemacht, Existenzen zerstört, einige wurden Opfer von Hetzkampagnen, andere bekamen psychische Probleme, weil sie sich auch später noch vom Verfassungsschutz verfolgt glaubten. Herr Wolfrum, Sie arbeiten ja gerade diese Fälle auf. Wäre es denn nicht angebracht, die Opfer zu entschädigen?**

Wir reden so leicht von historischer Gerechtigkeit. Aber was ist das eigentlich? Was ist historische Gerechtigkeit? Sind denn eigentlich alle Opfer der SED-Diktatur entschädigt worden? Wie stand es um die Hinterbliebenen bei den Mauertoten? Oder wie ist es einzuschätzen, dass die Entschädigung der nationalsozialistischen Zwangsarbeiter erst 60 Jahre später erfolgt ist, mit einem Bagatelle-Betrag. Entschädigungsforderungen können durchaus berechtigt sein, aber es ist ein ganz, ganz schwieriges Feld. Und letztlich muss das die Politik entscheiden und kein Historiker, keine Historikerin.

**Heute sehen viele die Demokratie wieder in Gefahr: die Anschläge des NSU, antisemitischer Terror, Morddrohungen gegen Politiker. Nach allem, was wir jetzt schon hier diskutiert haben, scheint aber doch ein neuer Radikalenerlass, wie ihn einige wieder fordern, nicht die zielführende Strategie zu sein, um unsere Demokratie zu schützen.**

Ich denke, dass der Radikalenerlass überhaupt kein Muster für die Gegenwart sein kann. Wir haben heute festgefügte Institutionen. Wir wissen, was es heißt, eine wehrhafte Demokratie zu praktizieren. Wir haben eine ausgeformte Zivilgesellschaft. Und wir haben gesetzliche Möglichkeiten im Dienstrecht der Beamten, um extremistische Tätigkeiten zu verfolgen. Das ist alles da und muss angewendet werden. Wir dürfen auf keinen Fall mehr dahin zurück, wie es die 70er Jahre gezeigt haben, also zu einer Regelanfrage, die wieder die ganze Generation unter einen Generalverdacht stellen würde.

[In der ARD-Mediathek finden Sie die Dokumentation "Jagd auf Verfassungsfeinde · Der Radikalenerlass und seine Opfer".](#)

*Wer sich noch intensiver mit dem Radikalenerlass beschäftigen möchte: Im Frühjahr erscheint im Wallstein Verlag das Buch "Verfassungsfeinde im Land: Der Radikalenerlass von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik", herausgegeben von Edgar Wolfrum und Birgit Hoffmann.*